



LSVD Lesben- und Schwulenverband  
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Landesverband NRW e.V.

Pipinstr. 7

50667 Köln

e-mail: [nrw@lsvd.de](mailto:nrw@lsvd.de)

URL: <http://www.nrw.lsvd.de>

*Für Rückfragen:*

*Arnulf Sensenbrenner*

*Tel. 0171 - 3846132*

## **Acht Fragen zur Wahl und zur Zukunft für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender in Nordrhein-Westfalen**

### **Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine des LSVD NRW zur Landtagswahl**

Nun liegen die Antworten der Parteien auf unsere acht Fragen vor.  
Die Auswertung ergab deutliche Unterschiede!

Was uns besonders erschreckt, ist die Tatsache, dass die CDU die rechtliche Gleichstellung von Lesben und Schwulen in Nordrhein-Westfalen nicht unterstützen will! Sie will verpartnerten Landesbediensteten weiterhin die rechtliche Gleichstellung im Besoldungs- und Versorgungsrecht vorenthalten können. Sie ignoriert völlig die durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes und des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes von 2009 eindeutige Rechtslage. Sie nimmt eine weitere Diskriminierung der Betroffenen in Kauf und zwingt diese zu Klagen, die für das Land unsinnig sind, zu weiteren Kosten zulasten der Steuerzahler führen und die Gerichte unnötig belasten.

Dies zeigt uns aber auch deutlich, dass es sinnvoll und richtig ist, ein Diskriminierungsverbot aufgrund der sexuellen Identität im Grundgesetz und in der Landesverfassung festzuschreiben.

Die kompletten Antworten der Parteien finden sie in unserem Anhang.

Auf unserer Homepage können sie unter [www.nrw.lsvd.de](http://www.nrw.lsvd.de) unsere Wahlprüfsteine, die Antwortschreiben der Parteien und die Auswertung finden.

Kommentare senden sie bitte an [nrw@lsvd.de](mailto:nrw@lsvd.de)

Wir werden diese gesammelt auf unserer Homepage veröffentlichen.

Jede und Jeder hat es in der Hand, Politikerinnen und Politiker zu wählen, welche seine Interessen vertreten.

## **Auswertung der Antworten auf unsere Fragen:**

### **1. Kein Recht auf Diskriminierung – Festschreibung im Grundgesetz**

#### **2. Diskriminierungsverbot in die Landesverfassung**

**SPD, Grüne und Linke** wollen eine Ergänzung des Gleichheitsartikels im Grundgesetzes um „Niemand darf wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden“.

Von diesen Parteien wird auch eine Ergänzung der Landesverfassung um den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität unterstützt.

**FDP** unterstützt die Ergänzung des Grundgesetzes und der Landesverfassung um ein Diskriminierungsverbot nicht. Sie will es für die Landesverfassung prüfen lassen

**CDU** unterstützt die Ergänzung des Grundgesetzes und der Landesverfassung um ein Diskriminierungsverbot nicht.

### **3. Rechtliche Gleichstellung der Landesbediensteten in Nordrhein-Westfalen**

**SPD, Grüne, FDP und Linke** wollen die überfällige Gleichstellung verpartnerter Beamter und Richter im Besoldungs- und Versorgungsrecht durchführen.

**CDU** sieht es weiterhin als legitim und möglich an, verpartnernten Landesbediensteten die rechtliche Gleichstellung im Besoldungs- und Versorgungsrecht vorzuenthalten. Sie ignoriert völlig die durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes und des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes von 2009 eindeutige Rechtslage. Sie nimmt eine weitere Diskriminierung der Betroffenen in Kauf und zwingt diese zu Klagen, die für das Land unsinnig sind, zu weiteren Kosten zulasten der Steuerzahler führen und die Gerichte unnötig belasten.

### **4. Eintreten gegen Homophobie**

**CDU** verweist auf die existierenden Maßnahmen zum Minderheitenschutz, die sie fortführen will. Weitergehende Aktionen werden nicht erwähnt.

**SPD** möchte ein offenes und tolerantes gesellschaftliches Klima fördern und gegen homosexuellenfeindliche Gewalt vorgehen.

**Grüne** wollen einen Aktionsplan gegen Homophobie auflegen und die Präventionsarbeit bei der Polizei stärken. Begangenes Unrecht soll dokumentiert und aufgearbeitet werden.

**FDP** setzt sich für Opferschutz und gezielte Präventionsprogramme, besonders für Jugendliche, ein. Bei der Polizei will sie die Präventionsarbeit und die Fortbildung ausbauen

**Linke** will antihomosexueller Gewalt entgegentreten und die Opferhilfe fördern. Die Verhinderung von Diskriminierung wird als Querschnittsaufgabe quer durch alle Bereiche gesehen. Hierzu gehört auch die Aus- und Fortbildung bei der Polizei. Sie schlägt ein Vergabegesetz für öffentliche Aufträge vor, in dem die Einhaltung einer „Charta der Vielfalt, gegen Diskriminierung“ zur Bedingung gemacht wird.

### **5. Bildung und Generationenpolitik**

**CDU** verweist auf den Status Quo in der Schulpolitik und verweist auf Freiräume der Schulen, das Thema zu behandeln. Weitere Ausführungen zu den Fragen werden nicht gemacht.

**SPD** will die schwul-lesbische Aufklärungs- und Präventionsarbeit an Schulen und auch an Kindergarten und Hochschulen fördern und stärken. Die Aus- und Fortbildung von Lehrenden aller Art soll gefördert werden. Ein angstfreier Schulbesuch soll landesweit sichergestellt werden.

**Grüne** wollen die Aufklärungs- und Präventionsarbeit fördern. Hierzu wollen sie Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer und die gleichwertige Behandlung unterschiedlicher sexueller Identitäten in Lehrplänen und Richtlinien verankern. Schwul-lesbische Jugendprojekte und deren Organisation werden unterstützt. Dies soll auch im Landesjugendplan berücksichtigt werden. Auch die schwul-lesbische Altenarbeit soll gefördert werden.

**FDP** sieht gute Rahmenbedingungen im Bereich der Aufklärungs- und Antidiskriminierungsarbeit in NRW. Die Behandlung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen soll im Schulunterricht und in der Lehrerfortbildung verankert werden. Bestehende Projekte zur Aufklärungs- und Präventionsarbeit an Schulen sollen stärker gefördert werden.

**Linke** setzt sich für eine antidiskriminierende Erziehung in der schulischen und außerschulischen Bildung ein. Entsprechende Projekte an Schulen sollen ausgebaut werden. Lesbische und schwule Jugendarbeit soll gefördert werden. Ein Landesfond zur Unterstützung der bis 1969 durch den §175 verfolgten und kriminalisierten schwulen Männer wird angeregt. Damit sollen auch lesbisch-schwule SeniorInnenprojekte gefördert werden.

## **6. Aufklärung und Integration**

**Alle Parteien** erkennen an, dass Schwulen und Lesben mit Migrationshintergrund besondere Probleme haben.

**CDU** verweist darüber hinaus auf bereits existierende Projekte und Beratungsstellen und sieht keinen Ausbau der Infrastruktur vor.

**SPD** möchte durch eine gesicherte Landesförderung gezielte Aufklärungskampagnen ermöglichen. Probleme von Lesben und Schwulen mit Migrationshintergrund sollen in Publikationen des Landes NRW, sowie in der offenen Jugendarbeit und bei Projekten berücksichtigt werden.

**Grüne** wollen Coming-Out-, Aufklärungs- und Sensibilisierungsprojekte für Lesben und Schwule mit Migrationshintergrund ausbauen und fördern. Aufklärungsprojekte von Fachverbänden, die sich an Familien mit Migrationshintergrund wenden, sollen gefördert werden. Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender, denen Verfolgung droht, sollen nicht abgeschoben werden und ein Aufenthaltsrecht erhalten.

**FDP** möchte die Integration voranbringen und die freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die Grundwerte, auf der diese beruht, vermitteln. Migrant\*innenverbände und -vereinigungen sollen angesprochen werden.

**Linke** will für Lesben und Schwulen mit Migrationshintergrund Beratung und Selbsthilfegruppen fördern und ausbauen. Muttersprachliche Kampagnen für Migrant\*innen sollen umgesetzt werden.

## **7. Prävention, Gesundheit und Familie**

**CDU** verweist in der AIDS-Politik auf den Status Quo.

Zu allen weiteren Themen dieses Fragenkomplexes werden keine Angaben gemacht.

**SPD** will die HIV/AIDS Prävention weiterentwickeln und hierfür die Kommunalisierung der AIDS-Hilfe zurücknehmen, um zielgruppenorientierte landesweite Kampagnen zu ermöglichen. Zur Prävention soll die Vernetzung und die Einbindung der Krankenkassen ausgebaut werden. In der Behindertenhilfe, Familienberatung, Erziehungshilfe und allgemeinen Sozialberatung soll der Aspekt der sexuellen Orientierung berücksichtigt werden. Sie fordert das Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartnerschaften.

**Grüne** fordern verstärkte Anstrengungen bei der HIV/AIDS-Prävention. Für einen Ausbau der zielgruppenspezifischen Prävention, Beratung, Betreuung und Pflege soll ein landesweiter AIDS-Präventionsplan entwickelt werden. Die Mittel hierzu sollen wesentlich erhöht werden. Sie sind gegen die Kommunalisierung der AIDS-Hilfe. Die soziale Absicherung in der Gesundheitsversorgung, bei der Rente und bei Fördermaßnahmen soll verbessert werden. Rechtliche und finanzielle Benachteiligungen für gleichgeschlechtliche Familien mit Kindern sollen beseitigt werden. Sie fordern das Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartnerschaften und dass lesbische Paare das gleiche Recht auf Insemination wie heterosexuelle Paare erhalten.

**FDP** unterstützt die AIDS-Prävention und will die Mittel hierfür nicht kürzen. Einen wachsenden Handlungsbedarf sieht man bei der HIV/AIDS-Prävention für schwule Männer und Männer, die Sex mit Männern haben. Sie spricht sich für Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, aus. Die FDP unterstützt das Engagement der Arcus-Siftung und will eine Zustiftung des Landes. Sie fordert das Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartnerschaften und dass allen Frauen alle zulässigen reproduktionsmedizinischen Angebote offenstehen.

**Linke** will die Kommunalisierung der Mittel für die AIDS-Prävention rückgängig machen. Bei der HIV- und AIDS-Prävention will sie den konzeptionellen Ansatz der strukturellen Prävention stärken. Im schwulen Bereich setzt sie verstärkt auf den Aufbau schwuler Gesundheitszentren. Die Mittel hierzu sollen erhöht werden. Bei der Behindertenhilfe und -selbstorganisation und in Ehe-, Jugend- und Familienberatungsstellen sollen die Bedürfnisse von Lesben, Schwule und Transgendern berücksichtigt werden. Das Adoptionsrecht auch für schwule und lesbische Paare und die Gleichbehandlung von Regenbogenfamilien werden gefordert.

## **8. Förderung schwul-lesbischer Belange, Selbsthilfe, Arbeit und Diversity**

**CDU** bekräftigt die 2005 erfolgte Abschaffung von Landesbeauftragten. Zu allen weiteren Fragen gibt sie hier keine Antworten.

**SPD** kann sich Gleichstellungsbeauftragte und Landesbeauftragte vorstellen. Sie möchte den Abbau von Diskriminierung als Querschnittsaufgabe fördern.

**Grüne** setzen sich für Diversitykonzepte in Landesverwaltung und Unternehmen ein, die auch die sexuelle Orientierung enthalten. Ein Landes-Ombudsbeauftragter für Diversity Management wird angedacht.

**FDP** setzt sich für den Diversitygedanken ein und regt Fortbildungsveranstaltungen an. Gleichstellungsbeauftragte lehnt sie ab. Unter Punkt 3 tritt sie für eine vollständige steuerliche Gleichstellung ein.

**Linke** setzt sich für das Modell eines landesweiten runden Tisches ein und möchte Diversitykonzepte fördern. Sie ist für eine Erhöhung der Landesmittel und kann sich die Einrichtung von Gleichstellungsbeauftragten vorstellen.